



AfD: Revolte, Spaltung oder Scheitern? Das Ausschlussverfahren gegen Höcke ist Irrsinn



Die demokratische Partei AfD wird diskriminiert, öffentlich benachteiligt, stigmatisiert; ihre Mandatsträger, Funktionäre und Mitglieder werden bedroht, geschlagen, gesellschaftlich ausgegrenzt, von Brandanschlägen gepeinigt, erleiden berufliche und private Nachteile. In einem solchen politischen Fegefeuer steht eine Partei solidarisch zusammen, besonders wenn es nur noch wenige Monate bis zur Bundestagswahl sind.

(Von Wolfgang Hübner)

Aber was macht die Mehrheit der Parteiführung? Sie leitet nun unter der jubelnden, feixenden Schadenfreude ihrer Feinde [ein](#)

Parteiausschlussverfahren gegen einen Landes- und Fraktionsvorsitzenden mit erheblichem Ansehen und Anhang unter vielen Mitgliedern ein. Warum? Weil Björn Höcke eine Rede gehalten hat, die nicht in der Sache, sondern in Ton und Zeitpunkt unangemessen war. Für diesen Fehler hat sich Höcke, weiß Gott ungewöhnlich für einen Politiker, öffentlich in aller Form und glaubwürdig selbstkritischer Weise entschuldigt.

Wer auch nur einen Rest von gesundem politischen Menschenverstand beansprucht, kann zu keinem anderen Schluss kommen: Wer zu diesem Zeitpunkt, unter diesen Umständen und trotz Höckes demütigender Selbstkritik ein Parteiausschlussverfahren in die Wege leitet, der schadet – ob nun bewusst oder in geradezu autistischer Verblendung – der Partei. Wer das tut, erledigt das Geschäft ihrer zahlreichen politischen Konkurrenten und Feinde.

Die Mitglieder des Bundesvorstands, die das zu verantworten haben, handeln unverantwortlich und riskieren wenige Wochen vor dem Bundesparteitag in Köln eine Revolte gegen diese Vorstandsmehrheit, die durchaus mit einer Spaltung oder auch dem vollständigen Scheitern der Partei enden kann. Und sie streben einen Sieg an, der noch nicht einmal ihnen selbst nutzen wird. Es muss so deutlich gesagt werden: Dieses Vorgehen von Frauke Petry, Albrecht Glaser und anderen ist ein Genickschlag für die Hoffnungen von Millionen Deutschen und eine unbezahlbare Steilvorlage für die etablierten Berliner Parteien.

Es ist zudem ein ausgesprochen dummes und bösertiges Vorgehen, wo doch so gut wie sicher ist, dass Höcke wegen dieser Rede nie und nimmer aus der Partei ausgeschlossen werden kann und wird.

Deswegen ist das nun eingeleitete Verfahren in jedweder Weise politischer Irrsinn, offenbar motiviert von einem betriebsblinden Rachefeldzug. Glauben Petry, Glaser und andere

tatsächlich, die Angriffe gegen die AfD, ihre Ausgrenzung und Diskriminierung würden nach Höckes Ausschluss aushören? Glauben sie wirklich, danach würde das Wählerpotential größer statt kleiner? Hoffen sie, mit Höcke auch all jene aus der AfD zu vertreiben, die eine neue politische Heimat ohne Sprachregelungen und Volksverdummung gesucht haben?

Doch nachdem dieser Irrsinn leider Tatsache ist, muss in der Partei nun eine Entscheidung herbeigeführt werden: Entweder setzen sich Petry, Glaser und andere mit ihrem Kurs der politischen Selbstverstümmelung durch, dann ist die Partei AfD eine andere, aber bestimmt keine bessere. Oder Petry, Glaser und andere setzen sich nicht durch, dann müssen sie aus dem Vorstand ausscheiden oder ausgeschieden werden. Es ist Zeit für klare Verhältnisse, anders geht das jetzt nicht mehr.

Es waren jedoch alle Voraussetzungen gegeben, diesen potentiell selbstmörderischen Showdown zu vermeiden. Auch wenn Petry, Glaser und andere sich durchsetzen sollten: Ihre Schuld an diesem mutwilligen Attentat auf die AfD würden sie nie mehr los. Armes, armes Vater- und Mutterland Deutschland, solche „alternativen“ Politiker zu haben!



Tenenbom: Was Kubitschek und

Bachmann sagen, denkt in den USA jeder Zweite!

✘ Tuvia Tenenbom (Bildmitte) ist ein in Israel geborener amerikanischer Autor, der, wie nur wenige, sich schriftlich als auch in Interviews so äußert wie er die Dinge sieht, ohne Rücksicht darauf, was der Mainstream gerne hätte. Deshalb leitet der [SPIEGEL ihn auch in seinem jüngsten Interview](#) bewusst als „umstrittenen Autor“ ein.

Anlass ist Tenenboms jüngstes Werk „Allein unter Flüchtlingen“. Dafür hat er sich in ein deutsches Flüchtlingslager begeben, um zu dokumentieren, für was Geistes Kinder wir dort Betten aufstellen ([PI berichtete](#)). Auch im Interview nimmt er kein Blatt vor den Mund und erklärt dem etwas indignierten Spiegelschreiberling, vor allem in Deutschland gebe es keinen Journalismus, sondern Aktivismus und Prediger. „Journalisten berichten nicht mehr, was geschieht, sondern, was wir denken sollen.“ Journalisten sollten uns nicht erzählen, was richtig oder falsch sei, sondern von Tatsachen berichten, so Tenenbom. Das saß erst einmal.

Interviewer Kaspar Heinrich kann das offenbar nicht fassen und fragt in bewährter Spiegel-Manier verdattert nach: „Aber ist es nicht zum Beispiel ganz elementar, gegen Hass einzutreten, wie es Emcke getan hat?“

Tenenbom kontert gelassen: „Nein. Das kann man im Privatleben praktizieren, aber nicht im Journalismus.“ Ein Journalist solle die Wahrheit sagen. Mehr nicht, so der Autor.

Tenenbom, der unter anderem den Bestseller-Autor Akif Pirinçci besucht und interviewt hat, geht auch mit der Meinungsfreiheit in Deutschland hart ins Gericht und nennt die Causa Pirinçci als Beispiel. Seit der in den Medien eindeutig falsch

zitierten Dresdener Rede Pirinçcis wird dieser von Verlagen wie Random House boykottiert. Man könne von Pirinçci halten was man wolle, so Tenenbom, aber er habe ein Recht auf seine Meinung. Dieser Boykott sei Unrecht.

Da hält der linke Spiegel doch dagegen:

Random House ist ein privates Unternehmen. Der Verlag darf sich seine Autoren aussuchen.

Tenenbom hat den richtigen Vergleich parat:

Aber wenn sie entscheiden würden, nur weiße Schriftsteller zu verlegen, keine schwarzen, ginge das vor Gericht, und dort würden sie gestoppt werden. Das ist dasselbe. Kein Unternehmen hat das Recht, jemanden zu schädigen.

Kaspar Heinrich beharrt borniert:

Aber abgesehen von seinem missverständlichen KZ-Zitat vertritt Pirinçci doch ganz offensichtlich rassistische und menschenverachtende Ansichten.

Tenenbom:

Auf den ersten Blick richtig, auf den zweiten falsch. Ja, er beschimpft Muslime und den Islam – aber er ist ein Türke und dunkelhäutig. Wenn ein hellhäutiger Deutscher das Christentum beleidigt, sich über Jesus und den Papst lustig macht, wird er als Intendant an einem der besten deutschen Theater landen. Wenn ein Christ seine eigene Religion beleidigt, bleibt er ein freier Mann, er wird sogar für seinen Freigeist gelobt. Pirinçci hat genau dasselbe getan, nur als Moslem. Und jetzt ist er ein Rassist?

Jetzt zeigt uns der Spiegelreporter was Troztkistenjournalismus ist:

Das eine macht das andere nicht besser. Es bleibt dabei: Piriñci hat rassistische Ansichten.

Tenenbom macht sich aber nicht nur „schuldig“, weil er sich auf Akif Piriñcis Recht auf Meinungsfreiheit versteift, er hat auch Götz Kubitschek als „netten Kerl“ bezeichnet. Das bringt ihm nicht nur den Verdacht der Naivität ein.

Spiegel Online: Sie nennen Piriñci in Ihrem Buch einen „freien Geist“, den neurechten Verleger und Publizisten Götz Kubitschek einen „netten Kerl“. Ist das nicht naiv?

Tenenbom: Ich bin nicht naiv. Ich weiß sehr wohl, was sie sagen und denken. Aber um jemandem respektvoll zu begegnen oder ihn zu mögen, muss ich nicht seiner Meinung sein. Und übrigens: Was Götz Kubitschek sagt, auch was Lutz Bachmann sagt, denkt in den USA jeder Zweite.

Spiegel Online: Das macht es ja nicht besser.

Tenenbom: Ich will nur sagen: Sollen wir jetzt alle Amerikaner so behandeln? Nein. Und wissen Sie was? Viele Deutsche denken genauso, sie haben nur Angst, es auszusprechen. Na und? All diese Leute dürfen sich Europäer nennen. Es gibt halt eine Auseinandersetzung zwischen der einen Auffassung, die es schon früher gab, die auf die Bewahrung der eigenen Kultur setzt – Sie können das Engstirnigkeit nennen -, und einer anderen Bewegung, die keine Grenzen und Nationalstaaten will und Kulturen vermischen möchte. Das sind zwei gültige Ansichten, zwei zulässige Wünsche. Lasst die Wahlen entscheiden! Aber nennt diese Leute nicht Nazis, nur weil sie die deutsche Kultur bewahren wollen.

Spiegel Online: Sie haben vom Liberalismus gesprochen. Was bedeutet er für Sie?

Tenenbom: Meinungsvielfalt. Wir öffnen allen die Tür, jeder

hat ein Recht auf seine Meinung. Lutz Bachmann genauso wie Gregor Gysi. Und ich denke, ich habe beide gleich behandelt. Denn ich sehe keinen Unterschied zwischen ihnen. Inhaltlich gibt es den natürlich, aber der eine ist deshalb nicht besser als der andere. Demokratie bedeutet letztlich: Die Mehrheit legt die Regeln fest. Wenn die Mehrheit ihre Macht missbraucht, entscheidet das oberste Gericht gegen sie. So läuft das. Aber nicht, indem man Leute beschimpft, boykottiert oder schlecht aussehen lässt, nur weil eine Ansicht nicht politisch korrekt ist.

Die Einwanderungspolitik betreffend, im Besonderen das Flüchtlingsthema sagt der Autor:

Wir haben hier den wirklich extremen Fall eines Landes, das kein Einwanderungsland war und plötzlich entschieden hat, eines zu sein. Durch die Straßen zu laufen und so viele Menschen Arabisch sprechen zu hören: Das ist schon eine extreme Veränderung. Der ganze Westen bewegt sich in eine Richtung – Gott weiß wohin -, doch Deutschland bewegt sich zehnmal so schnell. [..]

Deutschland hat in Europa die meisten Flüchtlinge aufgenommen, aber wie man das getan hat, war richtig schlecht. Vieles hat man einfach nicht verstanden. Da wurde mancher mit dem Mörder oder Vergewaltiger seines Bruders oder seiner Schwester zusammengepfercht. Sunniten, Schiiten und Christen im selben Raum unterzubringen, ist im Grund kriminell. Ich habe kein Paradies erwartet, aber diese Lebensumstände sind nicht akzeptabel. Die Deutschen hätten nur so viele Flüchtlinge aufnehmen dürfen, wie sie auch hätten bewältigen können.

Tenenbom ist aber nie einseitig und so sieht er auch durchaus vorhandenen Antisemitismus in Deutschland, auch das sagt er. Und, dass der Westen aufhören solle, sich in Nahost einzumischen. (lsg)

- » Das ganze [Interview bei Spiegel Online](#)
- » Das Buch „Allein unter Flüchtlingen“ von Tuvia Tenenbom gibt es für 13,95 Euro beim [Verlag Antaios](#)



Köppel: Welche Zuwanderung wollen wir?



Wer die Grenzen einfach öffnet und die Zuwanderung nicht mehr selber kontrolliert, erntet Fremdenhass und nationalen Sozialismus. Unter nationalem Sozialismus verstehe ich hier nicht Hitlerismus, Judenmord und Weltkrieg, sondern eine verheerende Politik nationaler Abschottung und antiliberaler Einsperrung der Wirtschaft, ein Rezept für den Untergang. Wir beobachten es in der Schweiz bereits:

Seit der Einführung der unseligen Personenfreizügigkeit vor zehn Jahren hat die ständige Wohnbevölkerung um rund 750.000

Personen netto zugenommen, das sind fast zehn Prozent aller Einwohner. Die Invasion drückt die Immobilienpreise nach oben, überlastet die Infrastruktur, setzt den Arbeitsmarkt für - Inländer unter Stress und laugt die Sozialwerke aus.

Der Überdruck von aussen erzeugt Unbehagen und Überregulierung im Innern. Klar: Wer seine Wohnung mit vollem Kühlschrank allen öffnet, erntet Dichtestress und eine überfüllte Küche.. ([Fortsetzung in der WELTWOCH!](#))



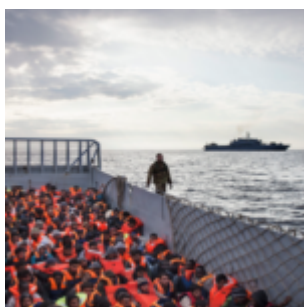
Bundes-AfD beantragt Höckes Parteiausschluss



Anscheinend legt es der AfD-Bundesvorstand tatsächlich im Wahljahr darauf an, der AfD möglichst viele Negativschlagzeilen in der linken Journaille zu verschaffen. Einer [dpa-Meldung](#) zufolge hat der Vorstand nun [doch das Parteiausschlussverfahren](#) gegen

Thüringens Partei-Chef Björn Höcke per Email beim Landesschiedsgericht eingereicht. Formal gesehen reicht das noch nicht aus, ist aber der eindeutige erste Schritt in diese Richtung.

Höcke hat sich den offiziellen Unmut der Parteispitze zugezogen, als er Anfang des Jahres in einer Rede sagte: „Wir Deutschen, also unser Volk, sind das einzige Volk der Welt, das sich ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt hat.“ Dabei bezog Höcke das Wort Schande auf den Holocaust, und nicht – wie von den deutschen Medien bewusst fehlinterpretiert – auf das Denkmal. Das hat allerdings fast wortgleich schon Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU), als Zitat des britischen Kunsthistorikers Robert Neil MacGregor, gesagt ([PI berichtete](#)) und auch schon Spiegel-Gründer Rudolf [Augstein und Martin Walser äußerten sich ähnlich](#). Aber hier soll nun ein Exempel statuiert werden und das wohl auch ohne Rücksicht auf mögliche eklatante Stimmenverluste.



**400.000 Mittelmeerflüchtlinge
in diesem Jahr**



Bundesentwicklungsmini

ster Gerd Müller (CSU) erwartet in diesem Jahr deutlich mehr Flüchtlinge aus Afrika, die übers Mittelmeer nach Italien gelangen. In den ersten drei Monaten des Jahres habe sich deren Zahl verdoppelt. „Wenn wir das hochrechnen, könnten in diesem Jahr 300.000 bis 400.000 Menschen in Italien ankommen“, berichtet [die WELT](#).

EU-Parlamentspräsident Antonio Tajani [äußerte sich diese Woche](#): „Wenn wir es nicht schaffen, die zentralen Probleme in afrikanischen Staaten zu lösen, werden in zehn Jahren zehn, 20 oder sogar 30 Millionen Einwanderer in die Europäische Union kommen.“ (Hierzu gilt anzumerken, dass es alleine aufgrund der selbstverschuldeten Bevölkerungsexplosion um einiges mehr werden, siehe Abschnitt unten).

Dass sich so viele junge Männer auf den Weg Richtung Europa machen, da „[in Deutschland jeder ein Haus bekommt](#)“, ist zu großen Teilen eine Schuld der EU und auch so gewollt. Im Jahre 2008 wurde ein EU-Geheimplan bekannt, dass diese [50 Millionen afrikanische „Arbeiter“ nach Europa holen möchte](#).

Vor kurzem belegte ein italienischer Blogger, dass NGOs und die italienische Marine Schlepperei im großen Stil betreiben. Er zeigt mittels GPS-Auswertung, dass Schiffe Afrikaner gezielt und massenhaft nach Europa schiffen. Mit relativ bescheidenen Mitteln deckte er in einem Video einen riesigen Skandal auf. Mit einer Investition von 400 US-Dollar kaufte sich Luca Donadel eine Software, die es ihm erlaubt, die Schiffsrouten

aller registrierten Schiffe auf der Welt in Echtzeit zu analysieren. Jedes registrierte Schiff hat nämlich ein „AIS“ an Bord, ein automatisches Identifikationssystem, das den Austausch von Navigationsdaten ermöglicht und so die Sicherheit und die Lenkung des Schiffsverkehrs weltweit gewährleistet (Quelle: [INFO-DIREKT](#)).

Die „Rettungsaktionen“ der EU-Schiffe vor der libyschen Küste sind nichts weiteres als ein eingerichteter [Fährdienst Richtung Italien](#). Und dort wollen die „Flüchtlinge“ nach dem Motto: „Ich reise um die halbe Welt, durch zig sichere Länder zielgerichtet in das Land mit dem besten Sozialsystem“ nicht bleiben. Im [ARD-Europamagazin vom 11.9.](#) kommen „Flüchtlinge“ aus den Urlaubsländern Senegal und Gambia zu Wort, die im norditalienischen Como angetroffen wurden. Sie gaben vor laufender Kamera offen zu, nur in Deutschland „Asyl“ beantragen zu wollen, weil sie dort 350 Euro bekommen.

Mit dem Geld, was man in Deutschland für die sogenannten „Flüchtlinge“ ausgibt, könnte man in Afrika wahrscheinlich ein ganzes Dorf problemlos durchfüttern. Im Jahr 2016 beliefen sich die Kosten für die „Flüchtlinge“ [insgesamt rund 20 Milliarden Euro](#) sein.

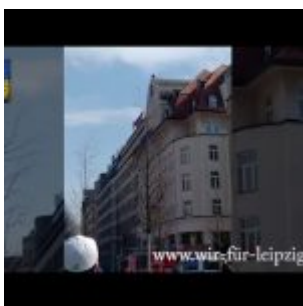
Diese Invasion wird niemals enden. Bis zum Jahr 2100 wird sich die Bevölkerung Afrikas aufgrund einer völlig verantwortungslosen und selbstverschuldeten Bevölkerungsexplosion auf [4,4 Milliarden von heute an nahezu vervierfachen](#). Laut Umfragen möchten sich [38 Prozent der Afrikaner in Europa ansiedeln](#), sodass sich die Europäer auf über eine Milliarde neuer Mitbürger alleine aus Afrika freuen dürfen.

Europäer stellen weltweit schon jetzt eine [ethnische Minderheit](#) dar. Sie werden eher kurz- als langfristig auch zu Minderheiten in ihren eigenen Ländern und dann als Völker aus der Geschichte ausradiert. In diesem Zusammenhang verweisen

wir wie stets auf den PI-Artikel [„Was ist ein Völkermord gemäß UN-Defintion?“](#).

Video: AfD-Demo in Gera mit Petr Bystron

Am heutigen Freitag demonstriert die AfD um 18 Uhr in Gera auf dem Markt. Als Redner treten der bayerische Landesvorsitzende Petr Bystron, der thüringische AfD-Spitzenkandidat Stephan Brandner, der Geraer Unternehmer Dr. Harald Frank und MdL Wiebke Muhsal auf. Nicht dabei ist diesmal (aus bekannten Gründen) Björn Höcke. Die Demo wird ab 18 Uhr live im Internet übertragen und hier rechtzeitig in diesen Beitrag eingebettet.



Leipzig: Pakistaner wirft von

Hoteldach Ziegeln auf Passanten und springt dann in den Tod

Ein Asylforderer aus Pakistan warf gestern Nachmittag vom Dach des Seaside Park-Hotels Ziegeln und andere Gegenstände auf Passanten. Der 28-jährige „Flüchtling“ sei wegen diverser Vergehen und auch früherer Suizidversuche bereits polizeibekannt gewesen. Als die Polizei gegen 13.40 Uhr informiert wurde, hatten sich bereits etwa 300 Schaulustige eingefunden, um das Geschehen mit ihren Handys zu filmen und zu fotografieren. Die Einsatzkräfte wurden angewiesen, den Willy-Brandt-Platz komplett zu räumen. Gegen 14.15 Uhr sprang der Pakistaner vom Dach (siehe Video oben) und erlag später im Krankenhaus seinen Verletzungen.

(Von Michael Stürzenberger)

Einige Augenzeugen, die das Geschehen mit ansehen mussten, brauchten anschließend psychologische Betreuung durch das Kriseninterventionsteam, wie die Leipziger Volkszeitung [berichtet](#):

Am Abend wurden dann weitere Hintergründe bekannt: Demnach handelte es sich bei dem Mann um einen Pakistaner, der bereits polizeibekannt ist – auch wegen früherer Suizidversuche. Schon am Donnerstagvormittag soll er die Ordnungshüter auf den Plan gerufen haben. Den Angaben zufolge rastete er in einer Behörde im Leipziger Süden aus, weil er dort nicht wie gewünscht Geld ausgezahlt bekam. Die Ermittlungen zu den näheren Umständen des Todesfalls dauern noch an. Bis in die Abendstunden war die Spurensicherung vor Ort.

Geld fordern, nicht bekommen, ausrasten, Gegenstände auf Bürger schmeißen – dass er hierbei möglicherweise vom islamischen Denken beherrscht war, in dem das Berauben der minderwertigen Ungläubigen göttlich legitimiert ist, kann man sicherlich politikkorrekt ausschließen. Ein solches Verhalten, meist auch mit der Tötung von Ungläubigen endend, läuft offiziell unter „psychische Erkrankung“.



1800 Euro Strafe für Plakat am SZ-Gebäude



Die Münchner Patriotin Maria Frank (*Foto*) wurde im Februar 2013 wegen eines Plakates über „die anmaßenden Türken“ zu angeblicher „Volksverhetzung“ verurteilt, worüber die Süddeutsche Zeitung ausführlich

berichtete. Als das Verfahren in der Berufung aber vor dem Landgericht München eingestellt wurde und sie damit rehabilitiert war, schwieg die SZ eisern. Typisch Lückenpresse. Das übliche Vorgehen bei linken Politpropagandablättern, all das auszublenden, was nicht zur eigenen linksgestörten Gesinnung passt. Maria schrieb dutzende Briefe an die SZ, aber die Alpen-Prawda weigerte sich beharrlich, die Wahrheit darzustellen. Als sie dann an einem Fenster des SZ-Gebäudes ein Protestplakat anbrachte, schlug die Justiz mit voller Härte zu.

(Von Michael Stürzenberger)

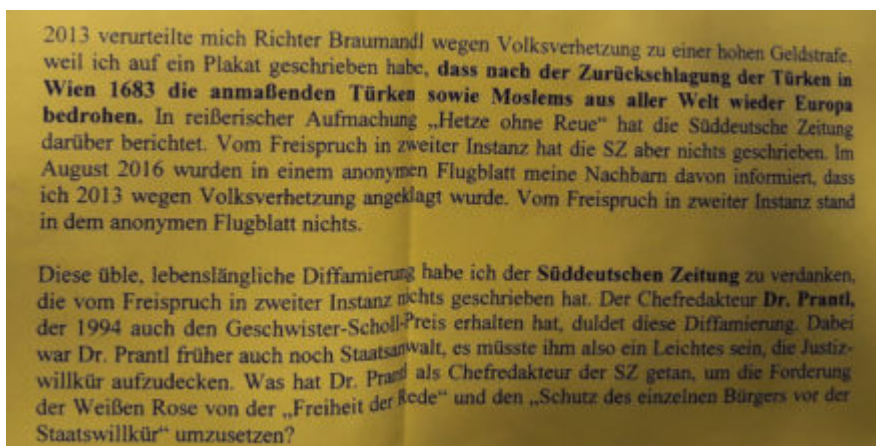
Maria erhielt einen Strafbefehl wegen „Sachbeschädigung“ über 1000 Euro. Sie legte Einspruch ein, worauf es dann noch dicker für sie kam. Bei der Verhandlung vor dem Amtsgericht München am gestrigen Donnerstag erzählte der Leiter vom Service Zentrum der Süddeutschen Zeitung im Zeugenstand, dass der Hausmeister zum Entfernen der Rückstandsreste des Plakates, das mit Flüssigkleber an der Fensterscheibe angebracht war, in „mühevoller Kleinarbeit“ eineinhalb Stunden gebraucht habe. Er habe mit einer scharfen Klinge „Millimeter für Millimeter“ wegkratzen müssen. Die SZ gab an, ihr sei durch die Arbeitszeit des Hausmeisters ein Schaden von 100,- Euro entstanden.

Marias Verteidiger Sascha Giller von der [Rechtsanwaltskanzlei BKR](#) in Jena stellte fest, dass hier keine vorsätzliche Sachbeschädigung vorliege, sondern ein rechtfertigender Notstand. Durch die Berichterstattung der SZ über die Verurteilung als „Volksverhätzerin“ habe sie eine dauerhafte Rufschädigung erlitten.

Maria berichtete, dass in ihrem Wohnviertel anonyme Flugblätter verteilt wurden, in denen sie als „die größte Volksverhätzerin“ diffamiert wurde und die Nachbarn daraufhin wissen sollten, mit wem sie hier eigentlich zusammenlebten. Diese Information können die Täter, mit großer

Wahrscheinlichkeit die linksextreme Antifa, nur von dem SZ-Artikel haben. Es empöre sie zudem, dass der Chefredakteur der SZ, Heribert Prantl, den Geschwister Scholl-Preis erhalten habe und daher eigentlich verpflichtet sei, sich für die Einhaltung des Rechtsstaates und gegen Willkür einzusetzen. Prantl aber verschweige die Wahrheit, wenn sie ihm nicht in seine linke Gesinnung passe.

Daher habe sie das Plakat an einem Sonntag angebracht, damit die vorbeilaufenden Bürger darüber informiert werden. Sie habe als einfache Bürgerin ja keine andere Möglichkeit, sich Gehör zu verschaffen, wenn die Medien dies verschwiegen würden. Aufgrund des Rufmordes durch die SZ sei sie nun lebenslänglich beschädigt. Sie wohne seit 50 Jahren unauffällig in ihrem Viertel, aber jetzt hätten sie viele Anwohner auf die angebliche „Volksverhetzung“ angesprochen. Hier das Plakat:



Es wäre für jedes objektive Medium vor allem auch hinsichtlich der imperial-größenwahnsinnigen Politik der Türkei unter Erdogan höchst bedeutsam gewesen, über die Einstellung des Verfahrens zu berichten, wie damals von PI [ausführlich vorgenommen](#):

Die Verteidigung kündigte Beweisanträge an, die auf einen Wahrheitsbeweis gerichtet waren: Die Türkei betreibt nämlich auf Zypern tatsächlich einen Angriffskrieg auf Europa, man braucht nur die entsprechenden UN-Resolutionen und die ihnen zugrunde liegenden Sachverhalte zu studieren. Und dass die

Türkei über Zypern hinaus Europa angreifen wird, wenn sie so weit ist, hat Erdogan in seiner Wahlrede von 2012 hinreichend deutlich gemacht. Hier wird ein künftiger Hitler sichtbar.

Ferner sind alle Dimensionen des Islam geeignet, dessen Gewaltbereitschaft unter Beweis zu stellen: Literarisch (Koran, Hadithe, Sira), historisch (knapp 1.400 Jahre bewaffneter Djihad), geographisch (alle Staaten, in denen der Islam die Mehrheit stellt, sind unfrei), politisch (alle islamischen Gruppierungen wollen "die Scharia" oder "mehr Scharia" oder mindestens einen größeren Einfluß ihres Glaubens auf die Politik, egal in welchem Land), religionswissenschaftlich und orientalistisch (es gibt Aufklärung im Islam, aber sie setzt sich seit dem 12. Jahrhundert nirgendwo mehr durch und wird seit dem Ende der persischen Glanzzeiten immer nur von kleinen intellektuellen Minderheiten vertreten), zeitgeschichtlich und geopolitisch (seit der Entfesselung des modernen und postmodernen Islamismus durch die CIA zur Zerstörung der Sowjetunion an ihrer Südflanke wird es Jahr für Jahr schlimmer, und der Arabische Frühling ist nur ein vorläufiger Höhepunkt der Gewalt), usw. usf.

Natürlich sind die meisten Muslime in Deutschland friedlich. Es bleibt ihnen als Minderheit auch gar nichts anderes übrig. Aber es gibt eine feststehende Korrelation zwischen dem muslimischen Bevölkerungsanteil und dem Auftreten religiöser Gewalt und Unterdrückung in einer Gesellschaft. Ab 50 % Islam ist eine Gesellschaft immer unfrei. Das ist empirisch.

Der junge Staatsanwalt, der uns übrigens schon im „Himmler“- und „Krebsgeschwür“-Prozess gegenüberstand, verteidigte aber das Verschweigen der Wahrheit durch die SZ. In unserem Land herrsche Pressefreiheit und die SZ entscheide nun einmal selber, worüber sie berichte und worüber eben auch nicht. In seinem Plädoyer behauptete er, dass Maria einen „schwer entfernbaren Sekundenkleber“ benutzt hätte, wohingegen Maria

von einer großen Uhu-Tube gesprochen hatte. Maria solle sich von ihren „Wahnvorstellungen“ lossagen, dass sie verfolgt werde. Für die SZ sei es eben zu unbedeutend gewesen, über die Einstellung des Verfahrens in der zweiten Instanz zu berichten. Wegen Sachbeschädigung forderte er eine Geldstrafe in Höhe von 50 Tagessätzen à 40 Euro, also insgesamt 2000 Euro!

Für Maria, die 45 Jahre lang arbeitete und von einer monatlichen Rente von 1300 Euro lebt, wovon alleine für ihre Wohnung 750 Euro an Fixkosten abgehen, wäre dies ein schwerer Schlag. Ihr Anwalt Sascha Giller plädierte auf Freispruch, da es sich hier eben nicht um einen „Sekundenkleber“, sondern um einen keinesfalls schwer entfernbaren Uhu-Kleber gehandelt habe. Die SZ habe schließlich auch keine Spezialfirma beauftragen müssen, sondern der Hausmeister habe die Kleberückstände selber entfernen können. Ob er dafür wirklich „eineinhalb Stunden“ gebraucht habe, sei dahingestellt. Auf den Fotos sei erkennbar gewesen, dass Maria nur wenige Klebestriche an dem Plakat angebracht habe. Mit einer Warmwasserlösung oder einer anderen Reinigungsflüssigkeit wäre die Glascheibe wohl schnell zu reinigen gewesen.

Maria habe keinesfalls eine „Wahnvorstellung“, sondern die Süddeutsche Zeitung hatte in ihrem „[Hetze ohne Reue](#)“-Artikel ausführlich über ihre Verurteilung als „Volksverhetzerin“ geurteilt. Diese diffamierende Berichterstattung der SZ und ihre Weigerung, die Einstellung des Verfahrens darzustellen, seien der Grund für diese Form ihrer Meinungsäußerung gewesen. Hier liege kein bedingter Vorsatz und keine Sachbeschädigung vor, daher sei sie freizusprechen. Zur Strafbemessung durch den Staatsanwalt sagte Giller, dass es absolut nicht nachvollziehbar sei, ihre Mietkosten nicht einzubeziehen. Gerade in einer Stadt wie München seien die Mieten sehr hoch.

Der Richter, ein sogenannter „Freiherr von“, brauchte für sein Urteil, das er wohl schon vorgefertigt in der Schubalbe hatte, keinerlei Bedenkzeit. Er verurteilte Maria wegen

Sachbeschädigung zu 45 Tagessätzen à 40 Euro, also insgesamt 1800,- Euro Geldstrafe. Im Interview nimmt Maria Frank Stellung zu dieser aus ihrer Sicht natürlich äußerst ungerechten Verurteilung:

Marias Anwalt Sascha Giller kündigte umgehend Rechtsmittel gegen diese Verurteilung an. Nachdem das Urteil zugestellt ist, werde er entweder wegen Rechtsfehlern Revision einlegen oder in die Berufung vor dem Landgericht gehen. Dort wird sie von ihren patriotischen Mitstreitern ebenfalls wieder Unterstützung erhalten.